

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Präsident André Kuper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich zu unserer heutigen, 48. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Besuchertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **17 Abgeordnete abgemeldet**; ihre Namen werden wir ins Protokoll aufnehmen.

Geburtstag hat heute der Kollege Martin SträÙer von der Fraktion der CDU. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen des Hohen Hauses!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** weise ich auf folgende geänderte Verfahrensweise zur heutigen Haushaltsdebatte, die wir heute Morgen im Ältestenrat vereinbart haben, hin:

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen werden die die Einzelpläne 01 und 13 betreffenden Änderungsanträge – das sind die Drucksachen 18/6916, 18/6917 und 18/6966 – nicht in der heutigen zweiten Lesung zur Abstimmung stellen. Über diese Änderungsanträge soll in einem anderen Stadium der Haushaltsberatungen abgestimmt werden.

Vor diesem Hintergrund sind die gestern gestellten Anträge auf Durchführung von Aussprachen zu den Einzelplänen 01 und 13 ebenfalls zurückgenommen worden. Dies bedeutet: Die Beratungen zu diesen Einzelplänen finden heute Abend jeweils ohne Aussprache statt.

Diese Änderungen können Sie auch dem 2. Neudruck der Tagesordnung entnehmen.

Ich habe vor der heutigen Sitzung noch Ordnungsmaßnahmen durchzuführen.

Erstens erteile ich einen nachträglichen Ordnungsruf, der Herrn Abgeordneten Schalley von der Fraktion der AfD betrifft. Herr Abgeordneter Schalley, Sie haben sich in Ihrem Redebeitrag zu Tagesordnungspunkt 4 der 47. Plenarsitzung am 27. Oktober 2023 an mehreren Stellen gegenüber Abgeordneten der Fraktion der SPD sowie anderen Parlamentariern und Vertretern der Exekutive in grober Weise unparlamentarisch geäuÙert. Das ist der Würde des Parlaments nicht angemessen. Ich werde die ÄuÙerungen nicht wiederholen. Herr Abgeordneter Schalley, ich rufe Sie deshalb zur Ordnung und fordere Sie auf, derartig grob unparlamentarische ÄuÙerungen künftig zu unterlassen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Zweitens muss ich noch eine nichtförmliche Rüge des Abgeordneten Dr. Maelzer von der SPD aussprechen. Herr Abgeordneter Dr. Maelzer, Sie haben sich in Ihren Zwischenrufen beim bereits angesprochenen Tagesordnungspunkt 4 der 47. Sitzung des Plenums am 27. Oktober 2023 gegenüber dem Abgeordneten Schalley von der Fraktion der AfD sowie hinsichtlich der Fraktion der AfD unparlamentarisch geäuÙert. Das ist der Würde des Hauses auch nicht angemessen. Ich werde die ÄuÙerungen nicht wiederholen. Herr Abgeordneter Dr. Maelzer, ich ermahne Sie und fordere Sie auf, derartige ÄuÙerungen künftig zu unterlassen.

(Beifall von der AfD)

Damit rufe ich auf:

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5000  
Drucksache 18/6500 – Ergänzung

Vorlage 18/1417

Beschlussempfehlungen  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksachen 18/6800 bis 18/6805  
Drucksache 18/6806 – Neudruck  
Drucksache 18/6807  
Drucksache 18/6808  
Drucksachen 18/6810 bis 18/6816  
Drucksache 18/6820

zweite Lesung

Änderungsanträge  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksachen 18/6918 bis 18/6974

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/7026

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/7027

Änderungsanträge  
der Fraktion der FDP  
Drucksachen 18/7028 bis 18/7106

Änderungsanträge  
der Fraktion der AfD  
Drucksachen 18/7107 bis 18/7136

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 – GFG 2024)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5800  
Drucksache 18/6500 – Ergänzung

Beschlussempfehlung  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 18/6809

zweite Lesung

Die Änderungsanträge werde ich im Übrigen bei den Einzelplänen noch zur Abstimmung aufrufen.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Aussprache über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über einen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt. Über den Einzelplan 20 stimmen wir allerdings erst morgen ab. Auch über eventuelle Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 2024, über das Haushaltsgesetz selbst sowie über das Gemeindefinanzierungsgesetz stimmen wir morgen zum Abschluss der zweiten von insgesamt drei Lesungen ab.

Ich weise darauf hin, dass aufgrund einer Verständigung im Ältestenrat zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr keine Abstimmung stattfindet.

Wir unterbrechen die Haushaltsdebatte heute nach der Beratung zu Einzelplan 07. Die Fortführung der Debatte erfolgt dann nach Tagesordnungspunkt 3.

Ich rufe nun auf:

## **GRUNDSATZDEBATTE**

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

In Verbindung mit:

**Finanzplanung 2023–2027 des Landes Nordrhein-Westfalen**

In Verbindung mit:

## **Einzelplan 12 Ministerium der Finanzen, Finanzverwaltung**

In Verbindung mit:

## **Einzelplan 20 Allgemeine Finanzen**

In diesem Zusammenhang weise ich auf die Beschlussempfehlungen und die Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 18/6800 bis 18/6808, 18/6810 bis 18/6816 sowie 18/6820 hin.

Über die Änderungsanträge zum Einzelplan 20 stimmen wir erst morgen ab.

Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz stimmen wir ebenfalls erst morgen ab.

Ich weise außerdem darauf hin, dass Kurzinterventionen und Zwischenfragen nach einer Vereinbarung im Ältestenrat während der Grundsatzdebatte nicht zulässig sind.

Damit eröffne ich die Aussprache. Für die SPD rufe ich als ersten Redner den Abgeordneten Herrn Baer auf.

**Alexander Baer\*** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute den Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Jahr 2024. Damit üben wir als Parlament unsere vornehmste und wichtigste Aufgabe aus. Denn nicht umsonst gilt das Haushaltsrecht auch als Königsrecht des Parlamentes.

Finanzminister Dr. Optendrenk bezeichnet seinen Entwurf als solide, nachhaltig und generationengerecht, ja sogar als in Zahlen gegossene Politik. Aber ich frage Sie: Was ist das für eine Politik, die da geplant wird? Ist ein Haushalt, der nicht auf die drängendsten Probleme unseres Landes eingeht, wirklich eine solide und nachhaltige Politik? Wann erkennen Sie endlich, dass etliche betriebsnotwendige Investitionen in unserem Land notwendig sind?

(Beifall von der SPD)

Wann erkennen Sie, dass es bei Investitionen eben auch ein Return on Investment gibt? Denn kluge Investitionen rentieren sich. Sie bringen einen Ertrag, der dem Land sozialpolitische, klimapolitische und nicht zuletzt auch wirtschaftliche Vorteile bringt.

(Beifall von der SPD)

Natürlich gehört es auch zur Wahrheit, dass wir bei den strukturellen Ausgaben genauer hinschauen müssen. Ist dieser Haushalt wirklich nachhaltig, wenn er die notwendigen Investitionen in unsere Zukunft, in Bildung, vernachlässigt, wenn der soziale

Wohnungsbau nur noch Sorgen bereitet und Investitionen in Digitalisierung gekürzt werden?

Wir sehen uns – wie Sie, Herr Finanzminister, richtig erkannt haben – mit vielen neuen Rahmenbedingungen konfrontiert: steigenden Zinsen und sinkenden Steuereinnahmen. In diesen Zeiten sollte ein Haushalt ein Instrument der Vorsorge und der Weitsicht sein.

Doch stattdessen präsentiert uns die Landesregierung einen Entwurf, der maßgebliche Bereiche wie die Bildung vernachlässigt, nicht ausreichend in soziale Einrichtungen investiert und Umweltmaßnahmen reduziert. Ich würde hier von Verantwortungslosigkeit sprechen.

(Beifall von der SPD)

Sie legen einen Haushaltsplan vor, der nicht auf die Erhaltung und Förderung unserer sozialen und wirtschaftlichen Strukturen ausgerichtet ist – und das ausgerechnet in einem Jahr, in dem möglicherweise kein wirtschaftliches Wachstum und eine echte Rezession vorliegen werden.

Meine Damen und Herren, der Haushalt, den wir heute diskutieren, ist mehr als nur ein Parlamentsdokument. Er ist Zeugnis unserer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Die in Zahlen gegossene Politik von Herrn Dr. Optendrenk sollte eben nicht in Zahlenspielen verharren, sondern muss Antworten auf die dringenden Fragen unserer Zeit bieten.

(Beifall von der SPD)

Wie sichern wir die Zukunft unserer Kinder? Wie stärken wir unsere Wirtschaft? Wie schaffen wir es, sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen?

Der aktuelle Haushaltsentwurf zeigt jedoch ein erschreckendes Maß an Kurzsichtigkeit. Ein prägnantes Beispiel: Insbesondere die Entscheidung, die Förderung für Photovoltaikanlagen im Jahr 2024 zu reduzieren, ist ein Schritt in die völlig falsche Richtung.

(Beifall von der SPD)

Die Klimakrise ist herausfordernd. Es ist an der Zeit, in saubere Energiequellen zu investieren. Es ist unverantwortlich, jetzt auf die Bremse zu treten. Dies zeigt nicht nur ein fehlendes Gefühl für Klima- und Umweltschutz, sondern auch einen Mangel an wirtschaftlicher Weitsicht.

Diese Entscheidung verursacht in erster Linie einen Rückschritt im Bereich der erneuerbaren Energien. Aber sie schafft auch Unsicherheit bei allen, die in umweltfreundliche Technologien investieren wollen.

Besonders besorgniserregend ist diese Kurzsichtigkeit, weil Nordrhein-Westfalen sich das Ziel gesetzt

hat, bis 2045 die erste klimaneutrale Industrieregion Europas zu werden.

Auf der einen Seite betont die Landesregierung den Ausbau erneuerbarer Energien und die Digitalisierung weiterhin als zentrale Bausteine im Transformationsprozess. Doch inwiefern untermauert die Landesregierung diese Bemühungen mit den erforderlichen finanziellen Ressourcen und politischen Prioritäten?

Wir müssen uns fragen: Gehen wir so wirklich die Herausforderungen unserer Zeit an? Denn der Haushaltsplan lässt auch einen klaren Plan für die Bekämpfung weiterer kritischer Probleme vermissen. Die Regierung liefert keine Antworten darauf, wie die 26.000 offenen Stellen besetzt werden sollen, vor allem im Bildungsbereich. Ebenso fehlt es an konkreten Strategien, um die Kitas und sozialen Einrichtungen zu retten, welche derzeit unter enormem Druck stehen.

Es ist höchst beunruhigend, dass die Regierungsfractionen dafür lediglich Anträge über unzureichende 20 Millionen Euro einbringen und dies auch noch mit den engen finanziellen Spielräumen begründen. Dass diese Anträge dann auch noch ohne Beratung hier verabschiedet werden sollen, setzt dem Ganzen die Krone auf.

(Beifall von der SPD)

Das zeigt umso mehr: Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben keine Ideen für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall von der SPD)

Mich erstaunt diese Summe. Ich halte sie für beschämend und zu gering. Es ist nicht nur dringend notwendig, sondern auch langfristig wirtschaftlich sinnvoll, in diese Bereiche zu investieren.

Eingangs erwähnte ich ja bereits, dass kluge Investitionen sich auch rentieren. Wir haben ein Rettungspaket für die Kitas und einen Transformationsfonds für die Industrie vorgeschlagen. Damit wollen wir sowohl die Bildungsinfrastruktur als auch die Wirtschaft in diesen schwierigen Zeiten unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist unerlässlich, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit aktiv und offensiv angehen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Bundesland hinter seinem wirtschaftlichen und sozialen Potenzial zurückbleibt. Doch vonseiten der Landesregierung erhalten wir keine proaktiven Lösungen. Es wird sich lediglich darauf beschränkt, nach Berlin zu zeigen und die Verantwortung abzuschieben, wie wir das von dieser Landesregierung schon lange kennen. Die Herausforderungen, die unsere Bürgerinnen und Bürger tagtäglich bewältigen müssen, werden dadurch nicht gelöst. Sie sollten endlich selbst konkrete und wirksame Maßnahmen ergreifen.

(Beifall von der SPD)

Die notwendige und dringende Auseinandersetzung mit den uns bevorstehenden Aufgaben wird durch diesen Haushalt verhindert. Lassen Sie uns über die offensichtliche Abhängigkeit von kurzfristigen Einmaleffekten im Rückgriff auf die sogenannten Sondertöpfe sprechen. Wir beobachten eine Politik, die sich auf einmalige, nicht wiederholbare Maßnahmen stützt, anstatt eine nachhaltige und langfristig ausgerichtete Finanzstrategie zu verfolgen.

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

So fehlt Ihnen jetzt das für 2024 eingeplante Geld aus der allgemeinen Rücklage, weil Sie diese schon 2023 vollständig auflösen müssen. Noch im Oktober haben Sie uns erklärt, Sie bräuchten in diesem Jahr nicht alles. Das ist keine stringente Politik, sondern ein Hü und Hott.

(Beifall von der SPD)

Dieses Flickwerk ist zu kurzfristig und das Gegenteil von nachhaltig. Wesentliche strukturelle Herausforderungen unseres Landes bleiben ungelöst. Das Anzapfen von Sondertöpfen mag zwar eine schnelle Lösung bieten. Es ist jedoch wichtiger, dass wir langfristige und nachhaltige Finanzierungswege finden, damit zukunftsweisende Projekte und Reformen auch langfristig finanziert werden können.

Aktuell verschärfen sich die zugrunde liegenden Probleme in Bildung, Sozialsystem, Infrastruktur und erneuerbaren Energien, wenn wir uns auf solche kurzlebigen Lösungen verlassen. Der Haushalt muss sich auf nachhaltige Investitionen konzentrieren und auch zukünftigen Generationen dienen.

Zu guter Letzt möchte ich einen weiteren Punkt anmerken und das offensichtliche Versäumnis der Landesregierung aufzeigen. Denn die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten werden nicht voll ausgeschöpft. Die Konjunkturkomponente bleibt ungenutzt. Mit Hinblick auf die Schuldenbremse könnte die Landesregierung im kommenden Jahr eine konjunkturelle Verschuldungsmöglichkeit von mindestens 800 Millionen Euro nutzen. Dennoch verzichtet die Landesregierung darauf. Dies bemerkt auch das Institut der deutschen Wirtschaft in seiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf.

NRW hätte also die Chance, investiert aber trotzdem viel zu wenig. Das ist falsch. Wir müssen öffentliche Investitionen endlich als Chance und nicht als Kostenfalle oder Verschuldung begreifen.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen endlich anders denken und damit unser Land für die Zukunft gut aufstellen. Die jüngste DGB-Studie bestätigt diese maßgebliche Forderung. Nordrhein-Westfalen muss bei Investitionen aktiver werden. Die Studie zeigt, dass unser Bundesland deutlich mehr investieren kann und auch muss.

Hören Sie auf, sich hinter der Schuldenbremse zu verstecken, und investieren Sie endlich in die Zukunft und die Entwicklung unseres Landes,

(Beifall von der SPD – Hendrik Schmitz [CDU]:  
Na ja! – Zurufe von der CDU: Oh! – Zurufe von der SPD)

insbesondere in so fundamentalen Bereichen wie Klima, Infrastruktur, Wohnen, Gesundheitswesen und Bildung. Warum nutzt die Landesregierung ihre Möglichkeiten nicht?

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Warum werden die öffentlichen Investitionen nicht ausgeweitet? Warum werden die notwendigen Schritte einer gerechten und zukunftsorientierten Politik nicht gemacht? Für mich ist das unverständlich.

(Beifall von der SPD)

Ich fordere die Landesregierung nachdrücklich auf, sich nicht auf kurzfristige Finanzspritzen zu verlassen und nicht ständig nach Berlin zu zeigen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Investieren Sie endlich in eine zukunftsorientierte Haushaltspolitik – für langfristige Stabilität und Wachstum für Nordrhein-Westfalen. Für all das steht dieser Haushalt nicht. Aus diesem Grund werden wir ihn auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Baer. – Für die CDU spricht ihr Abgeordneter Herr Lehne.

**Olaf Lehne (CDU):** Guten Morgen! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Der letzte Satz des Kollegen von der SPD hat mich nun gar nicht gewundert. Das hat ja Tradition.

Eigentlich wollten wir heute ausschließlich über den Haushalt unseres Landes für das Jahr 2024 sprechen. Aktuelle Entwicklungen und insbesondere die recht bemerkenswerten Einlassungen einiger Oppositionsvertreter dieses Hauses in den vergangenen Tagen zwingen mich aber dazu, dann doch einige Anmerkungen an den Beginn zu stellen.

(Nadja Lüders [SPD]: Ah! – Zurufe von der SPD)

Die Ampel in Berlin hat vom Bundesverfassungsgericht für ihre Haushaltspolitik eine beispiellose Klatsche bekommen. Jetzt fehlen ihnen 60 Milliarden Euro in der Kasse.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Hinter diesen 60 Milliarden Euro stehen auch konkrete Zusagen an Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen, die mit einem ungedeckten Schecks bezahlt wurden.

(Zurufe von Thorsten Klute [SPD], Nadja Lüders [SPD] und Stefan Zimkeit [SPD])

Das sorgt natürlich für erhebliche Verunsicherung.

Dieser Verunsicherung hätte Bundeskanzler Scholz gestern entgegenreten können. Er hätte erklären und Handlungsoptionen aufzeigen können. Vielleicht hätte ihm sogar eine Bitte um Entschuldigung über die Lippen kommen können.

Stattdessen gab es – ich zitiere die Journalistin Sara Sievert – einen „Gipfel der Arroganz“ und „statt Einsicht [...] wieder einmal nur Besserwisserei.“

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: So, und jetzt zu Düsseldorf! – Heiterkeit von der SPD)

– Kommt. – Sie werden sich fragen, was nun die Berliner Politik hier zu suchen habe.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Zurufe von der CDU, der SPD und der FDP)

Ich sage es Ihnen. Die Verbindung ist Ihr billiger Versuch, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und FDP, die Fehlleistung der Ampel auf unsere Landesregierung zu projizieren. Das mag man als durchschaubares Manöver abtun.

(Henning Höne [FDP]: Wir sehen uns in Münster!)

Aber mit dem Versuch, gravierende Probleme auch in den Ländern und konkret in Nordrhein-Westfalen herbeizureden, schüren Sie weitere Verunsicherung bei Bürgern und Unternehmen.

(Zurufe von der SPD)

Sie hoffen auf politische Geländegewinne auf Kosten des Vertrauens in die Landespolitik.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Sven Wolf [SPD]: Das hat auch bei der CDU keiner verstanden! – Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen heute: Das wird Ihnen nicht gelingen; denn wir werden dem entgegenreten, sowohl in den Debatten als auch durch unser verantwortungsvolles politisches Handeln für die Menschen in unserem Land.

Das ist auch schon meine Überleitung zum ursprünglichen Kern dieses Tagesordnungspunktes, Herr Ott.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Natürlich ist die Haushaltsaufstellung für das Jahr 2024 aufgrund der Krisen anspruchsvoll.

Ernüchternd müssen wir festhalten: Der Krieg in der Ukraine hält weiterhin an, und in Israel tobt bereits seit Anfang Oktober ein weiterer Krieg: der grausame Terror der Hamas gegen das israelische Volk.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Erschwerend hinzu kommen die daraus resultierenden Energie- und Konjunkturkrise sowie steigende Zinsausgaben im Zuge der restriktiven Geldpolitik der EZB als Reaktion auf hohe Inflationsraten. Die Entlastungsprogramme des Bundes, welche die Länder und die Kommunen nicht ent-, sondern schwer belasten, tragen ihr Übriges zu den Rahmenbedingungen bei.

Deshalb ist es einfach falsch, wenn Sie kritisieren, wir würden immer nur auf Berlin zeigen. Wir zeigen mit Recht auf Berlin, weil ein großer Teil des Geldes, das wir hier im Land ausgeben, wie Sie wissen, aus dem Bund kommt.

(Beifall von der CDU –Zuruf von Christin Siebel [SPD])

Nicht zuletzt haben uns die Daten der Oktober-Steuerschätzung einmal mehr vor Augen geführt, dass wir auch in den kommenden Jahren nicht mit einer schnellen Erholung rechnen können.

(Nadja Lüders [SPD]: Daran ist jetzt auch die Ampel schuld?)

Dennoch ist es der Landesregierung gelungen, einen generationengerechten und finanziell nachhaltigen Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 aufzustellen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir nehmen uns dabei kein Beispiel an der Ampelkoalition in Berlin. Für 2023 hatten wir die Notlage frühzeitig festgestellt – und nicht, wie die Bundesregierung, nun kurz vor Toresschluss.

Auf die argumentativen Verrenkungen des Kollegen Witzel, der vergangenes Jahr gegen unseren Beschluss wettete und jetzt seinem Bundesvorsitzenden beispringen muss, bin ich übrigens gespannt.

Nun streben wir für 2024 in Nordrhein-Westfalen eine Rückkehr zur haushaltspolitischen Normalität an. Dadurch ist es nicht möglich, dass wir neue Krisenschulden aufnehmen. Wir werden auch in den Beratungen noch ein weiteres Mal verbindlich klarstellen, dass wir keine alten Schulden weiterverwenden.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass sich dieses Ziel nicht ohne Einsparungen und eine klare Schwerpunktsetzung realisieren lässt. Das ist nicht einfach. Aber das ist eine verantwortungsvolle Politik – und damit auch hier ein Gegenentwurf zu der Politik des Bundes.

(Beifall von der CDU)

Einen dieser Schwerpunkte möchte ich besonders hervorheben: Die Bereiche „Kinder und Jugend“ sowie „Schule und Bildung“ bleiben von den erforderlichen schmerzhaften Kürzungen ausgenommen.

(Zurufe)

Diese Position unterstreichen wir als schwarz-grüne Koalition nochmals, indem wir die genannten Bereiche mit eigenen Änderungsanträgen zusätzlich stärken. Das ist wichtig für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall von Simon Rock [GRÜNE])

Allein 22 Milliarden Euro stehen im kommenden Jahr für den Bereich „schulische Bildung“ zur Verfügung. Jeder fünfte Euro des Landeshaushalts fließt in die Zukunft unserer Kinder, und jeder Euro ist dort gut angelegt.

Beispielhaft möchte ich die Schaffung von zusätzlichen 38.000 Plätzen im Offenen Ganztags erwähnen. Hierbei gehen wir einen weiteren wichtigen Schritt hin zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Primarstufe.

Doch auch die Jüngsten unserer Gesellschaft kommen nicht zu kurz.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Doch!)

Rund 178 Millionen Euro fließen in die Förderung von Sprach-Kitas sowie in die Förderung von Kita-Alltagshelferinnen. Bei den Sprach-Kitas springen wir übrigens ein, weil der Bund bei der Finanzierung dieses wichtigen Projekts abgesprungen ist – hört, hört!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Um Planungssicherheit zu schaffen, setzen wir die Förderung auch in den kommenden Jahren bis 2027 in dieser Höhe fort.

Durch die Priorisierung frühkindlicher und schulischer Bildung der Kinder und Jugendlichen investieren wir in die Zukunft unseres Landes und stellen mit mehr als 38 Milliarden Euro eine Rekordsumme zur Verfügung.

Nun zu einem anderen Punkt: Wir erleben in den vergangenen Wochen, dass Menschen auf deutschen Straßen den Staat Israel attackieren. Sie fordern das Kalifat in Deutschland und rufen antisemitische Parolen. Die Bedrohung von Jüdinnen und Juden in unserem Land führt sogar dazu, dass sich unsere jüdischen Mitbürger teilweise nicht mehr trauen, ihre Häuser zu verlassen. Das ist unerträglich.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Dagegen müssen wir vorgehen. Nicht nur die Sicherheit Israels ist für uns Staatsräson, sondern auch die Sicherheit unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in Nordrhein-Westfalen. Darum stellen

wir den jüdischen Gemeinden 1,5 Millionen Euro für Sicherheitspersonal vor gefährdeten jüdischen Einrichtungen zur Verfügung. Dies ist im übrigen Konsens aller demokratischen Fraktionen.

Darüber hinaus werden wir mit der Ergänzungsvorlage 11,5 Millionen Euro zusätzlich für bauliche Sicherungsmaßnahmen zur Verfügung stellen. Diese können beispielsweise für Schleusen, Sicherheitsglas oder Betonsperren eingesetzt werden. Damit geben wir eine direkte Antwort auf die aktuellen Bedrohungen.

Weiterhin ist uns klar: Unsere Kommunen kommen zurzeit insbesondere bei der Unterbringung, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen an ihre Grenzen.

(Christian Dahm [SPD]: Deswegen brauchen wir auch mehr Plätze!)

Mit dem Landeshaushalt 2024 sichern wir das unermüdliche Engagement unserer Kommunen finanziell ab. Was auf Bundesebene versäumt oder verschleppt wird, müssen wir als Land kompensieren, um auch auf kommunaler Ebene Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Aus diesem Grunde kann es nur folgerichtig sein, dass im Haushalt 2024 alleine für flüchtlingsbedingte Aufwendungen rund 3 Milliarden Euro vorgesehen sind.

Darüber hinaus halten wir an den Ausgaben in Höhe von 5,7 Millionen Euro für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Nordrhein-Westfalen fest. Diese wichtige Säule des gesellschaftlichen Miteinanders stellt insbesondere in Zeiten zunehmender Gewaltbereitschaft in Teilen der Bevölkerung, die sich unter anderem direkt gegen Einsatzkräfte unserer Polizei und Feuerwehr richtet, einen wesentlichen Bestandteil des friedlichen Zusammenlebens aller dar.

Somit wird das Land Nordrhein-Westfalen auch weiterhin jährlich 3.000 Kommissarsanwärter ausbilden können. Denn gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es uns ein besonderes Anliegen, unsere Polizei mit gut ausgebildeten Nachwuchskräften zu stärken.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Alle diese Maßnahmen zeigen: Trotz geringerer finanzieller Handlungsspielräume, trotz Sparzwängen wollen und werden wir die für unsere Land gesteckten Ziele mit gesundem Ehrgeiz und der notwendigen Rücksicht auf die haushaltspolitische Lage weiterhin verfolgen.

Die Änderungsanträge, die beispielsweise aus den Reihen der SPD stammen, sind für uns inakzeptabel und eignen sich höchstens als Instrument der Oppositionsrhetorik.

(Zuruf: Aha!)

Sie sind zwar nicht in jedem Fall inhaltlich abzulehnen. Es krankt aber wieder einmal an einer seriösen Gegenfinanzierung. Konkrete Kürzungen in den ...

(Stefan Zimkeit [SPD]: Deswegen stellen Sie einen Teil davon auch selber!)

– Hören Sie doch erst einmal zu. – Sie sind zwar nicht in jedem Fall inhaltlich abzulehnen. Es krankt aber wieder an einer seriösen Gegenfinanzierung, wie immer. Konkrete Kürzungen in Einzelplänen bleibt die SPD weitgehend schuldig.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Pauschale Kürzungen in den Bereichen „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Gutachten der Ministerien“ sind zwar schnell auf das Papier gebracht, kommen der SPD allerdings lediglich in Oppositionszeiten in den Sinn.

Mit der Einführung einer globalen Minderausgabe beim Ministerialpersonal begeben Sie sich zudem auf finanzverfassungsrechtlich dünnes Eis, weil Sie die globale Minderausgabe damit um mehr als 2 % heben.

Zusammenfassend verweise ich noch einmal auf den Finanzminister, der es in seiner Einbringungsrede treffend beschrieben hat:

„Es ist unser Selbstverständnis, Probleme gemeinsam zu lösen und aus den Möglichkeiten das Beste für unser Land und seine Menschen zu machen.“

Wir machen Haushaltspolitik mit der nötigen Ernsthaftigkeit. Wir machen verantwortungsvolle Politik für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Christian Dahm [SPD]: Deswegen demonstrieren auch 22.000 Menschen vor dem Landtag! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. – Herr Zimkeit, alles gut?

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Lehne. – Für die FDP spricht ihr Abgeordneter Herr Witzel.

**Ralf Witzel<sup>1)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das aktuelle Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Schuldenbremse stellt Bund und Bundesländer in der Haushaltspolitik vor neue Herausforderungen – und das ist auch gut so. Der Ideenwettbewerb um immer mehr vermeintlich gute neue Schulden ist beendet. Kein Staat kann auf Dauer mehr Geld auf Pump ausgeben, als seine Bürger und Betriebe erwirtschaften. Einsparungen und

richtige Prioritätensetzungen stehen jetzt auf der Agenda.

(Beifall von der FDP)

Die Schuldenbremse ist die beste Inflationsbremse und daher gut für unser Land, für das Standortvertrauen, für nachhaltige Finanzen und damit vor allem für die junge Generation, der wir nicht immer höhere Schuldenberge hinterlassen dürfen.

(Beifall von der FDP und Prof. Dr. Daniel Zerbin [AfD])

Diese wichtigen Prinzipien muss auch die nordrhein-westfälische Landespolitik endlich verinnerlichen. Hier und heute, Herr Finanzminister, ist der richtige Ort und Zeitpunkt, um für die Landesregierung klar erklären: Die Schuldenbremse gilt in unserem Land. Nordrhein-Westfalen wird sie 2024 ohne Wenn und Aber einhalten und weder aufweichen noch aussetzen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Hat Herr Lindner das auch gesagt? – Gegenruf von Henning Höne [FDP]: Ja, hat er!)

Wir beide haben gemeinsam viele Jahre für eine harte Schuldenbremse in Nordrhein-Westfalen gestritten.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Jetzt kommt der Lackmустest für Ihre Glaubwürdigkeit: ob Sie diese in der laufenden Wahlperiode konsequent einhalten.

Die FDP-Landtagsfraktion hat erhebliche Zweifel an der voreiligen Festlegung von Ihnen, Herr Finanzminister, dass das wegweisende Urteil keine Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen habe.

(Zuruf von Simon Rock [GRÜNE])

Wir werden darüber im weiteren Haushaltsverfahren noch zu sprechen haben, denn das Urteil besagt: Aufgrund einer ungewöhnlichen Notsituation aufgenommene Kreditmittel sind in dem betreffenden Jahr zu verwenden. – In Ihrem Haushaltsentwurf 2024 wird dagegen wie bereits im Haushalt 2023 die Möglichkeit eröffnet, Notlagenkreditmittel in Folgejahren verausgaben zu können. Das hat der Landesrechnungshof bereits frühzeitig moniert. Herr Finanzminister, Sie müssen Ihren Haushaltsentwurf nun anpassen, ein Aussitzen bei dieser wichtigen Frage darf es nicht geben.

Der schwarz-grüne Haushalt ist strukturell unterfinanziert und weist bei ehrlicher Rechnung ein milliardenschweres strukturelles Defizit auf, das Sie nur hektisch durch immer neue Einzelmaßnahmen und Notoperationen zu vertuschen versuchen. Herr Finanzminister, Sie werden Ihren eigenen Ansprüchen dabei nicht gerecht.

Zum Haushaltsentwurf eines Ihrer Amtsvorgänger haben Sie eine Bewertung veröffentlicht, die ich hier bei mir habe, auch wenn ich sie nicht hochhalten darf. Ich zitiere aber die Überschrift: „Trickserei à la Walter-Borjans geht in die nächste Runde“. Sie schreiben dort – ich zitiere weiter –:

„Die Methode Walter-Borjans ist immer dieselbe: [...] Mittlerweile reicht nicht mal mehr ein Trick, sondern der Finanzminister muss das gesamte Repertoire aufbieten.“

(Christian Dahm [SPD]: Ja, genau!)

Sie werfen ihm im Folgenden vor, die Pensionsvorsorge zu kürzen, Globalpositionen zu erhöhen und den BLB als Melkkuh zu benutzen. Was ist bei Ihrem Vorgehen heute der Unterschied zwischen der Methode „Optendrenk“ und der Methode „Walter-Borjans“?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Antwort auf diese Frage ist einfach: Globalpositionen, Pensionsfonds und BLB reichen Ihnen längst nicht mehr aus, Sie nehmen auch noch das Einkasieren der Selbstbewirtschaftungsmittel und die Ausplünderung der NRW.BANK hinzu. Ich will den Vorwurf der klebrigen Finger gerne mit Zahlen verdeutlichen:

(Lachen von Christian Dahm [SPD])

Mit über 300 Millionen Euro bedienen Sie sich am Pensionsfonds über den tatsächlichen Anstieg des Pensionsaufwands hinaus.

(Kopfschütteln von Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen – Zuruf von Simon Rock [GRÜNE])

Sie sorgen für die Mutation des Sparschweins zum Zahlschwein, und der BLB wird Opfer dieser Ferkellei. Passend zur Jahreszeit nehmen Sie ihn mit 150 Millionen Euro aus wie eine Weihnachtsgans. Dabei verschimmeln viele Gebäude in diesem Land, Sanierungen sind allerorten von hoher Dringlichkeit.

Bei der NRW.BANK planen Sie einen Banküberfall und wollen 250 Millionen Euro erbeuten.

(Widerspruch von den Grünen – Zurufe von der SPD)

Dabei fehlt Ihnen jede sachliche Begründung dafür, über 100 Millionen Euro aus der Beteiligungsverwaltung von WestLotto für die vergangenen 20 Jahre einzufordern.

(Zuruf von Simon Rock [GRÜNE])

Betriebsergebnisse seit Anfang der 2000er-Jahre sind dem Eigenkapital der Förderbank zugeflossen und werden dort, anders als Sie den Eindruck erwecken, gerade nicht als Treuhandvermögen bilanziert.

(Zuruf)

Ihr neues NRW.BANK-Gesetz zeigt, dass Sie als Regierung der Förderbank immer mehr in deren Geschäft hineinfingern wollen. Dort gibt es allerdings exzellente Fachleute. Vertrauen Sie diesen mehr, lassen Sie die Banker ihr Banking machen, und legen Sie Beschäftigte nicht an eine zu kurze Leine.

(Beifall von der FDP)

860 Millionen Euro an Selbstbewirtschaftungsmitteln identifizierten Sie als nicht mehr nötig. Sie dienen der wundersamen Geldbeschaffung für die Landesregierung. Um es an einem Beispiel deutlich zu machen: Das führt dazu, dass Sie ohne Vorankündigung mitten in der Sommerpause das Programm zur anteiligen Rückerstattung der Grunderwerbsteuerlast abrupt beenden. 55.000 Wohneigentümer und ihre Familien haben im vergangenen Jahr davon profitiert. Obwohl Sie noch einen zweistelligen Millionenbetrag übrig haben, fallen alle neuen Antragsteller nun in das schwarz-grüne Haushaltsloch.

Mit den dargestellten Manövern will Schwarz-Grün 1,5 Milliarden Euro umbuchen. Aber diese Sondereffekte helfen Ihnen zukünftig nicht weiter. Sie dürfen nämlich Einsparungen nicht unterlassen. Das ist sicherlich nicht angenehm in einer Koalition mit den Grünen, die gar keine Schuldenbremse wollen, weder im Land noch im Bund.

(Simon Rock [GRÜNE]: Doch, wir wollen eine!)

Prioritätensetzungen sind aber ehrlich und für solide Finanzen absolut unverzichtbar.

Angesichts des Rekordhaushalts von historisch erstmals über 100 Milliarden Euro Umfang hat unser Land nämlich kein Einnahmeproblem, sondern leidet unter dem Heißhunger derer, die sie ausgeben. Sie, Herr Finanzminister, müssen hier stärker den WeightWatcher spielen

(Lachen von der SPD)

und bei eigenen Versäumnissen dieser Landesregierung nicht immer nach mehr Bundeshilfen rufen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der CDU)

Unser Ministerpräsident Hendrik Wüst hat sich bislang nicht als Problemlöser für die selbstgeschaffenen Probleme erwiesen, weil er so gerne nach Bundeshilfen ruft, dabei sitzt Mutti doch gar nicht mehr im Kanzleramt.

(Lachen von Marc Lürbke [FDP])

Bei Ihnen geht das so: Sie wollen in unserem Land den schnellstmöglichen Ausstieg aus allen bezahlbaren Energien und vorhandenen Kraftwerken, und wenn als Folge von knappen Gütern in der Marktwirtschaft die Preise steigen, fordern Sie Subventionen



mittels eines Industriestrompreises – welche Logik.

Sichtbare Sparanstrengungen dieser Landesregierung gibt es nur beim öffentlichen Dienst. Dort bezahlen wir diese oft mit einem Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit des Staates, wenn Polizeibeamte für die innere Sicherheit fehlen, der Rechtsstaat Straftäter viel zu selten belangt, da die Justiz aus dem letzten Loch pfeift, und notwendiger Unterricht jeden Tag tausendfach ausfällt.

Diese Landesregierung gibt sich zufrieden mit dauerhaft strukturell weit über 20.000 unbesetzten Stellen. In Zeiten des Fachkräftemangels ist es alarmierend, wenn der öffentliche Dienst an Attraktivität einbüßt. CDU und Grüne haben fatale Signale gesendet mit der Aufhebung des Überstundenverfallschutzes und 85.000 aufgelaufenen Besoldungswidersprüchen gegen die fragliche Amtsgemessenheit der Alimentationen, die unbearbeitet beim Finanzminister liegen.

Angesichts des rapide gestiegenen Bürgergeldes brauchen wir regelmäßige Überprüfungen, ob der Lohnabstand noch gegeben ist. Für die FDP-Landtagsfraktion ist klar: Leistung muss sich lohnen. Leistungserbringern muss es deutlich besser gehen als Leistungsbeziehern.

(Beifall von der FDP)

Mit einer Dienstrechtsreform müssen wir dafür sorgen, dass überdurchschnittlich Beschäftigte schneller ihren Aufstieg schaffen, als sie den öffentlichen Dienst wieder verlassen haben. Da, wo wir im öffentlichen Dienst Stellen in der inneren Verwaltung dauerhaft nicht besetzen können, dürfen wir nicht die verbliebenen Beschäftigten überlasten, sondern müssen ihnen die Arbeit erleichtern durch Bürokratieabbau und eine Digitalisierung, die diesen Namen auch verdient.

Viele Bedienstete wünschen sich mehr Arbeitseffizienz. Für ihren schwarz-grünen Dienstherrn ist dies leider kein Anliegen, was das Chaos um die Grundsteuerreform belegt. Sie wollen das maximal bürokratische und ungerechte Scholz-Modell eins zu eins vollziehen und trauen sich in keinem einzigen Punkt auch nur eine einzige Verbesserung zu.

Sie haben im Plenum unsere Anträge abgelehnt, die Grundsteuerbescheide durch den Vorbehalt der Nachprüfung oder die Vorläufigkeit offenzuhalten, bis Gerichte über Musterklagen entschieden haben. Das Ergebnis kennen Sie heute: Die Finanzämter schlagen sich mit über 1,1 Millionen Einsprüchen herum, und Hunderttausende Schätzungen sind noch gar nicht erledigt.

Erst angesichts dieser Zahlen sind Sie viel zu spät plötzlich doch zu Musterprozessen bereit, um die Justiz vor einer Klagewelle und damit dem Kollaps zu bewahren. Kommunalministerin Scharrenbach war

wenigstens so ehrlich und hat in der letzten Plenarwoche die Konsequenzen ihres Handelns offenbart und damit die jahrelange FDP-Kritik bestätigt: Ihr Grundsteuermodell führt in der Mehrzahl der Fälle zu steigenden Kosten des privaten Wohnens. – Hätten Sie doch früher auf uns gehört!

(Beifall von der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss verspreche ich Ihnen: Wir lassen uns nicht entmutigen. Als FDP-Landtagsfraktion sind wir auch gerne weiter Ihre Serviceopposition. Wir weisen Sie auch zukünftig regelmäßig darauf hin, was Sie in diesem Land besser machen können. Sie sind gut beraten, häufiger auf unsere wertvollen Hinweise zu hören. Das wäre jedenfalls für viele Menschen in diesem Land erheblich besser. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht ihr Abgeordneter Herr Rock.

**Simon Rock (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Folgen der Coronapandemie und Russlands Angriff auf die Ukraine, der Terrorangriff der Hamas auf Israel, die verschärfte Klimakrise: Jede einzelne dieser Krisen ist für sich genommen schon eine enorme Herausforderung. Aber in der Summe erleben wir eine der herausforderndsten politischen Zeiten dieses Landes.

Und die Liste findet hier noch kein Ende: Inflation, Energiepreiskrise, Biodiversitätskrise, ein enormer Investitionsbedarf für die klimaneutrale Transformation, notwendige Bildungsinvestitionen, der Investitionsstau in unseren Kommunen. Es gilt der Umberto Eco zugewiesene Spruch: Für jedes komplexe Problem gibt es eine einfache Lösung, und die ist garantiert falsch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Klar ist: Mit unserer Art zu leben und zu wirtschaften, stehen wir unter enormem Anpassungsdruck. Wir Grünen in der schwarz-grünen Landesregierung gestalten die Veränderungen, um eine lebenswerte Zukunft auch für nachfolgende Generationen zu erhalten. Genau deshalb ist es wichtig und richtig, auch in der aktuell schwierigen Haushaltssituation zu investieren. Dazu gehören vor allem auch die klimaneutrale Transformation und der Ausbau erneuerbarer Energien. Und genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir in dieser Koalition: Wir machen NRW zum ersten klimaneutralen Industrieland.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Eine Haushaltsdebatte im Lichte des jüngsten Urteils des Bundesverfassungsgerichts kommt um einen Aspekt ganz sicher nicht vorbei – Sie ahnen es –: die Schuldenbremse. Wer derzeit Regierungsverantwortung und damit Verantwortung für die Aufstellung von Haushalten trägt, weiß:

„Aus den normalen Haushalten lassen sich die nötigen Investitionen einfach nicht finanzieren.“

– Das könnten meine Worte sein, sie sind es aber gar nicht. Sie stammen von Berlins Regierendem Bürgermeister Kai Wegner. Ich möchte gleich noch ein Zitat von ihm hinzufügen:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht deutlich, wie investitionshemmend die derzeitige Schuldenbremse angesichts von Megabedarfen ist: Klimaschutz, bröckelnde Verkehrswege, Investitionsstau in den Schulen, vernachlässigte soziale Infrastruktur, nötiger Umbau der Energieversorgung.

Zitat Ende.

Wer Regierungsverantwortung trägt, kennt die tatsächlichen Herausforderungen dieser Tage. Da hat Kai Wegner zweifellos völlig recht. Das erklärt vielleicht auch das Unverständnis von SPD und FDP hier im Landtag. Ihnen fehlt eben diese Regierungsverantwortung.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Und das erklärt das vollkommen gegensätzliche Handeln von SPD und FDP im Bund.

(Zuruf von Henning Höne [FDP] – Zurufe von der SPD)

Dort, wo die FDP den Bundesfinanzminister stellt, wird die außergewöhnliche Notsituation, ohne mit der Wimper zu zucken, erklärt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich halte die Entscheidung von Christian Lindner für richtig. Aber in NRW klagen Sie jedoch genau dagegen.

(Christian Dahm [SPD]: Ja, aber warum denn? Erklären Sie das doch mal!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, ist das nach wie vor Ihr Ernst?

(Christian Dahm [SPD]: Lest die Klage durch! Dann wisst ihr es auch!)

– Ja, ich habe mir die Klage durchgelesen. Da steht genau drin, dass Sie unterstellen, dass es für 2023 keine außergewöhnliche Notsituation gibt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zurufe von Christian Dahm [SPD] und Sven Wolf [SPD])

Genau das wird im Bund festgestellt, also sorry, das ist absolut widersprüchlich.

(Anhaltende Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Der FDP nehme ich zumindest noch ab, dass sie ein großer Fan der Schuldenbremse in ihrer aktuellen Ausgestaltung ist. Immerhin bietet sie Ihnen einen Vorwand, mit der Abrissbirne durch den Sozialbereich zu gehen.

(Henning Höne [FDP]: Oh! – Weitere Zurufe von der FDP)

So fordern Sie es zumindest auf Bundesebene. Herzlichen Glückwunsch zu dieser innovativen Idee!

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Interessant ist nur, dass Sie für den Landeshaushalt das genaue Gegenteil wollen. Denn hier fordern Sie in Ihren Änderungsanträgen mehr Mittel für die soziale Infrastruktur.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Zusammengefasst wollen Sie also im Allgemeinen Kürzungen für den Sozialetat, dann aber im Konkreten doch wieder mehr Mittel für Soziales. – Widersprüchlicher geht es kaum, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Aber Jochen Ott hat es geschafft, dem noch einen draufzusetzen. Denn von ihm las ich in der letzten Woche in der Rheinischen Post die Worte: „Die Schuldenbremse muss weg“.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD: Ja!)

In ein paar Worten mehr:

„Um eine Rezession noch abzuwenden, muss es jetzt eine neue Verständigung geben, dass die Schuldenbremse für dieses Jahr ausgesetzt und mittelfristig neu konzipiert wird.“

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von der SPD: Richtig!)

Ja, das kann man in der Tat so sehen, Herr Kollege Ott.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Darum wiederhole ich gerne meine Frage: Ist es nach wie vor Ihr Ernst, genau dagegen in Nordrhein-Westfalen zu klagen?

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Dagegen haben wir nicht geklagt! – Christian Dahm [SPD]: Überhaupt nicht!)

– Doch, dagegen haben Sie geklagt. Lesen Sie Ihre eigene Klageschrift. Da steht das drin.

(Widerspruch von der SPD)

– Da steht das drin, lesen Sie es.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Es tut mir ja leid.

(Zuruf von der SPD: Unredlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein, das ist nicht unredlich. Das steht da drin. Es steht in Ihrer Klageschrift.

(Mehrere Zurufe von der SPD)

Ich zitiere:

Aus all diesen Gründen verfehlt die in Rede stehende Kreditermächtigung ...

(Unruhe – Glocke)

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege, bitte unterbrechen Sie einmal Ihre Rede. – Ich fordere alle Kolleginnen und Kollegen noch einmal zu etwas mehr Ruhe auf. Bitte lassen Sie den Redner sprechen und hören Sie zu.

(Mehrere Zurufe)

**Simon Rock (GRÜNE):** Ich zitiere aus Ihrer Klageschrift, S. 87:

Aus all diesen Gründen verfehlt die in Rede stehende Kreditermächtigung die materiellen Anforderungen der Notlagen-Ausnahmen von der Schuldenbremse.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Mit anderen Worten: Sie bezweifeln, dass es in diesem Jahr eine außergewöhnliche Notsituation gibt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von der SPD: Nein! – Weitere Zurufe von der SPD)

Richtig ist: Die Schuldenbremse braucht ein Update auf Bundesebene.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Sinnvolle Investitionen in unsere Zukunft und in die unserer Kinder müssen möglich gemacht werden. Sie dürfen nicht an der Finanzierung scheitern. So denkt im Übrigen auch jeder vernünftige Unternehmer. Genau das ist doch Generationengerechtigkeit, unseren Kindern eine funktionierende Infrastruktur, das bestmögliche Bildungssystem und eine wehrhafte Demokratie zu hinterlassen. Dafür brauchen wir mehr Investitionen, und dafür brauchen wir die finanziellen Spielräume. Deshalb darf die Schuldenbremse nicht zur Zukunftsbremse werden,

(Zurufe von der SPD und der FDP)

und deshalb darf sie auch nicht zur Wohlstandsbremse werden. Denn von kaputten Brücken, maroden Schulen und überschuldeten Kommunen kann sich am Ende auch niemand etwas kaufen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Solange die Schuldenbremse gilt, werden wir sie selbstverständlich eins zu eins einhalten.

(Zuruf von der FDP: Aha! – Henning Höne [FDP]: Ah, Sie wollen sich also an die Verfassung halten! – Weitere Zurufe)

– Ja. Und dazu gehört auch, dass 2024 keine Maßnahmen mehr aus dem Sondervermögen „Krisenbewältigung“ finanziert werden. Das war nie geplant, und das wird auch nicht so kommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Und um alle Interpretationsspielräume zu beseitigen, werden wir bis zur dritten Lesung hierzu noch klarstellende Änderungen am Haushaltsplan vornehmen.

(Zuruf von der SPD: Ich bin gespannt! – Christian Dahm [SPD]: Sehr interessant!)

Unabhängig davon schränkt die Schuldenbremse die Handlungsmöglichkeiten des Landes zusätzlich ein. In dieser schwierigen Haushaltslage gilt es, zu priorisieren. Die Landesregierung hat dies im Haushaltsentwurf und in der Ergänzungsvorlage getan.

Weil uns Bildung wichtig ist, sparen wir nicht im Schulbereich. Bei der Kita-Finanzierung hat die Landesregierung eine Erhöhung der Mittel um 550 Millionen Euro ermöglicht. Auch die Umschichtung in den Änderungsanträgen von CDU und Grünen setzen diese Schwerpunktsetzung in den Bereichen Kinder, Jugend und Familie um.

So stärken wir mit zusätzlichen 400.000 Euro das Schulobstprogramm. Wir unterstützen die Jugendfeuerwehren mit weiteren 50.000 Euro, und wir verlängern das erfolgreiche Programm „Students at School“.

Das zeigt: Trotz widriger Rahmenbedingungen investieren wir in die Bildung und in die Zukunft unserer Kinder.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit und auch unserer Haushaltsänderungsanträge ist der Einsatz für unsere Demokratie.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der offene Antisemitismus in Deutschland ist beschämend und gefährlich. Judenfeindliche Vorfälle haben bundesweit zugenommen. Die Landesregierung hat vor diesem Hintergrund mehr Mittel für den

Schutz jüdischer Einrichtungen bereitgestellt. Gemeinsam mit CDU, SPD und FDP erhöhen wir die Mittel für jüdische Gemeinden um weitere 1,5 Millionen Euro.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Das ist ein wichtiges überparteiliches Signal: Wir stehen als Demokraten geschlossen gegen jede Form des Antisemitismus. Hass und Hetze gegen Juden haben bei uns in Nordrhein-Westfalen keinen Platz.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und Henning Höne [FDP])

Außerdem bekommt Nordrhein-Westfalen einen unabhängigen Polizeibeauftragten. Dieser wird als Ansprechperson für alle Bürgerinnen und Bürger fungieren. Gleichzeitig dient er zukünftig als Ansprechpartner für alle Polizeiangehörigen des Landes. Vielleicht gelingt es uns bis zur dritten Lesung, hierüber auch eine interfraktionelle Verständigung zu finden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Ich freue mich auf jeden Fall auf die Debatte über unsere umfangreichen Änderungsanträge in den Haushaltsdebatten der einzelnen Etats und in der dritten Lesung des Haushalts- und Finanzausschusses.

(Zuruf von der SPD)

Selbstverständlich haben wir uns auch ganz genau angeschaut, was die Oppositionsfraktionen bisher an Änderungen im Verfahren vorgeschlagen haben. Die SPD hat bislang über 185 Millionen Euro Mehrausgabenwünsche – zunächst ohne jegliche Gegenfinanzierung – angemeldet.

(Christian Dahm [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf von der SPD: Ist doch gar nicht wahr!)

Sie hat dann im Haushalts- und Finanzierungsausschuss Gegenvorschläge eingebracht – plus 80 Millionen Euro Einnahmeerhöhung bei der Erstattung der Herrichtungskosten von Bundesimmobilien zu Flüchtlingsunterkünften.

Das wäre natürlich super, wenn dieses Geld im kommenden Jahr einzunehmen wäre. – Wir haben im Fachministerium nachgefragt: Mit den Einnahmen ist leider nicht zu rechnen.

(Zuruf von Christian Dahm [SPD]: Doch, Ihr müsst es nur bearbeiten!)

Damit ist diese Seifenblase auch geplatzt.

Ein weiterer Vorschlag ist, die globale Minderausgabe zu erhöhen. Damit hätten wir die als verfassungsgemäß angesehene Grenze von 2 % über-

schritten. Aus unserer Sicht ist das verfassungswidrig; das können wir so auch nicht mitmachen.

Was bleibt, sind zusätzliche Ausgabenwünsche in dreistelliger Millionenhöhe.

Die FDP hat auch mehr Ausgabenwünsche angemeldet und möchte dafür den Personalverstärkungstitel um 500 Millionen Euro kürzen. Am Ende des Tages werden daraus die Tarifsteigerungen bei den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes bezahlt. Ich weiß nicht, ob es die richtige Wertschätzung für den öffentlichen Dienst ist, hier den Rotstift anzusetzen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Dass die AfD erwartungsgemäß an verfassungskonformen Deckungsvorschlägen scheitert, wundert, glaube ich, auch keinen mehr.

Ich freue mich jedenfalls auf die weitere Beratung des Haushaltsentwurfs bis zur dritten Lesung und darauf, die Arbeit in den nächsten Jahren fortzusetzen. Der Rücküberweisung in den HFA stimmen wir selbstverständlich gerne zu.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Rock. – Für die AfD spricht Herr Dr. Beucker.

**Dr. Hartmut Beucker (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Dieser Landeshaushalt ist vergleichsweise solide. Aber heutzutage heißt das gar nichts, wie wir in Berlin sehen. Dort haben wir ein riesiges Haushaltsloch; 60 Milliarden Euro sind da sicher. Dort wird es jetzt schwer, weil der Kitt der Ampel – das Geld des Steuerzahlers – fehlt, der Kitt, mit dem sich die Ampelparteien ihre Wähler kaufen wollten. Die sollten nicht sofort merken, welche Unsummen Kindergrundsicherung, Transformation und dergleichen kosten.

Dafür ist das Grundgesetz gebrochen worden, und für den NRW-Haushalt 2023 ist auch die Verfassung gebrochen worden – die Klage liegt beim Verfassungsgerichtshof –, damit dieses Altparteienkartell von Grünen, SPD, FDP und auch CDU seine wahnwitzige Zuwanderungspolitik, die dümmste Energiepolitik der Welt und den sinnlosen Kampf gegen die Klimaphobie der Grünen bis zur letzten Fabrikschließung fortsetzen kann.

(Andrea Busche [SPD]: Oh!)

Der Kernenergieausstieg war der Tribut an die Verbortheit der grünen Ortsvereine in diesem Land.

All das wird Auswirkungen auf NRW haben. Diverse Ausgabenzuweisungen und Zuschüsse werden in

Berlin gerade unter die Lupe genommen. Ich bin gespannt, wann der erste Nachtragshaushalt 2024 für das Land NRW eingebracht wird, und ich habe bewusst „erste“ gesagt.

Beim Haushalt des Landes 2024 sprechen wir heute über eine Menge Geld, die wir körperlich kaum fassen können: über 100 Milliarden Euro. Stellen Sie sich das mal im Geldspeicher von Dagobert Duck vor. Der Löwenanteil davon sind Steuereinnahmen.

Schauen wir mal, was das konkret für den durchschnittlichen Steuerbürger bedeutet: Er verdient etwa 4.000 Euro im Monat, Einkommenssteuer, dazu kommen noch die Steuern auf Strom, Gas, Lebensmittel, wir rechnen die Rundfunkgebühr dazu und die Mehrwertsteuer auf die übrigen Ausgaben. Das macht insgesamt für den Steuerbürger mit Durchschnittsverdienst im Jahr rund 14.500 Euro aus. Es verbleiben ihm – brutto waren es 50.000 Euro – 24.000 Euro zur freien Verfügung, weniger als die Hälfte. Dann sind noch Miete, Benzin, Lebensmittel, Versicherungen und andere Fixkosten zu zahlen.

„Mit den Steuern macht der Staat ja etwas!“, werden Sie sagen. „Es kommt ja ein Gegenwert zustande!“, machen Sie geltend. Lassen Sie uns kurz mal sehen: marode Straßen, marode Brücken, eine marode Eisenbahn, lange Gerichtsverfahren, digital gesehen sind die Behörden als Wüste anzusehen, die erneuerungsbedürftigen Schulgebäude geflutet mit inklusionsbedürftigen und migrantischen Kindern, aber leider nicht mit ausreichend Lehrern, die Polizei ist ein Hohn und Spott für die Clankriminellen, bei der es schon an zeitgemäßen Funkgeräten fehlt. – Ich könnte das weiter ausführen, aber auch schon so ist klar: Kein Gegenwert für diese heftige Steuerlast.

„Aber wir sind doch abgesichert!“, werden Sie sagen. „Unsere Sozialversicherung!“, machen Sie geltend. Das hatte ich vorhin noch außen vor gelassen: 10.000 von den 50.000 Euro bezahlt der durchschnittliche Steuerbürger an Sozialversicherung; sein Arbeitgeber noch mal so viel.

(Unruhe)

Aber auch hier schauen wir genauer hin: Die Pflegeversicherung wird hinten und vorne nicht reichen. Eigenanteile von über 3.000 Euro im Monat sind normal. Aber wer hat denn so viel Rente? Die Rente von immer mehr Berechtigten, die immer länger arbeiten müssen, wird von immer weniger Arbeitenden beglichen. Der staatliche Zuschuss in die Rentenkasse – ein Viertel des Bundeshaushaltes – wird von Jahr zu Jahr größer. Abgesichert ist da nichts. Die Krankenversicherung kommt mit dem Geld schon für die Krankenhäuser nicht mehr aus. Symptomatisch ist die sich über Jahre hinziehende Einführung der elektronischen Patientenakte.

„Aber da ist doch noch die finanzielle Absicherung für Bedürftige!“, werden Sie sagen. „Das Bürgergeld!“, werden Sie geltend machen. Stimmt, das Bürgergeld, bei dem 62 % der Bezieher migrantischen Hintergrund haben und außerdem Hunderttausende Ausländer noch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Stimmt, dafür wird Geld ausgegeben. Den durchschnittlichen Steuerbürger sichert das aber eher nicht ab. Das bekommt der Steuerzahler für sein Geld, und es ist – wir haben es gesehen – mit „mager“ noch zurückhaltend beschrieben. Im Grunde ist es eine tägliche Demütigung des Steuerbürgers.

Verehrte Steuerzahler, Sie haben wenigstens einen Verteidiger Ihrer Interessen, und das ist die Alternative für Deutschland.

(Beifall von der AfD)

Wir werden nicht müde werden, uns für Sie einzusetzen. Das haben wir ja auch schon in Thüringen unter Beweis gestellt, indem wir dort gemeinsam mit CDU und FDP die Grunderwerbssteuer gesenkt haben. AfD wirkt!

Der heute zu besprechende Haushalt wirft Fragen auf. Warum haben CDU und Grüne ihre Änderungsanträge nicht im Haushalts- und Finanzausschuss eingereicht? Warum erst hier für die Sitzung? Wollten Sie keine Befassung in den Fachausschüssen?

Diese Landesregierung geht an eiserne Reserven dieses Landes heran – den Pensionsfonds – und entnimmt daraus 343 Millionen Euro.

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Aber die Versorgungsausgaben steigen nur um 17 Millionen Euro. Es werden also nicht Sonderausgaben abgefangen, sondern über 300 Millionen Euro dem allgemeinen Haushalt zugeführt. Das ist keine nachhaltige Finanzplanung! Letztes Jahr war noch keine Rede davon, dass wir das Geld des Pensionsfonds dieses Jahr brauchen würden.

Außerdem überrascht, dass die regierungstragenden Fraktionen zu den Verfassungsorganen Landtag und Landesrechnungshof eigene Änderungsanträge stellen, ohne sich mit dem Rest des Parlamentes, jedenfalls bis heute Morgen, zu beraten. Ist Ihnen der Rechnungshof zu sehr auf die Füße getreten?

Alle Parteien in diesem Hause, die schon einmal Regierungsverantwortung getragen haben, hätten gut daran getan, den Ratschlägen des Landesrechnungshofes zu folgen. Der hat zu Recht in der Vergangenheit immer wieder stärkere Sparanstrengungen angemahnt. Dann hätten wir auch nicht so stark steigende Zinsausgaben in den kommenden Jahren. 2022 waren es noch 1,4 Milliarden Euro, 2024 sollen es schon 3,7 Milliarden Euro sein und 2027 – drei Jahre später – 4,4 Milliarden Euro an Zinsen. Tolle Perspektive!

Auch die diesjährige Kritik des Landesrechnungshofs am Haushalt hält einiges an Ohrfeigen bereit: Coronagelder sollen im zweiten Jahr nach der Pandemie noch ausgegeben werden, keine Aufgaben- und Ausgabenkritik, Hinweise auf die vielen Sondereffekte zur Finanzierung, weil die steigenden Zinsen irgendwie bezahlt werden müssen.

Richtigerweise wird auch die „Sparkasse“ des Finanzministers, die neue Rücklage zur Abdeckung von irgendwelchen Risiken, kritisiert, denn eine vernünftige Grundlage gibt es dafür nicht. Wir haben doch schon Rücklagemöglichkeiten im Haushalt, und angeblich ist das Geld knapp. Woher die Befüllung also kommen soll, erschließt sich uns nicht – oder eine Kasse, die schwarz ist, am Parlament vorbei?

Aber wir kritisieren nicht nur, sondern wir gestalten auch. Alle naselang hört man ja, dass der öffentliche Dienst attraktiver werden muss. Die einzigen, die hier aber wirklich liefern, sind wir. Wir beantragen zum Beispiel mehr Polizisten und Staatsanwälte, die den enormen Arbeitsanfall der Kollegen abfangen. Wir beantragen mehr Geld für Zulagen und mehr Verwaltungsrichter für Abschiebungen. Wir beantragen auch mehr Gelder für Kinderkliniken, Wohnungen, Studentenwerke und den Wiedereinstieg in die Kernkraft, um nur einige Projekte zu nennen. Das alles ist auch gegenfinanziert, und zwar so, dass der Pensionsfonds nicht angetastet wird.

Der grünen Ökostaatswirtschaft wird das Geld entzogen. Linksgrüne Ideologieprojekte nützen nichts und speisen nur das politische Vorfeld. Das legen wir trocken.

(Beifall von der AfD)

Der Verwaltungswasserkopf in den Ministerien wird auch endlich abgebaut. Es gibt mehr Personal, aber nur dort, wo es gebraucht wird.

Wir erwarten nicht, dass Sie zustimmen. Wir haben aber gezeigt, dass man sparen kann. Mit einer AfD-Landesregierung wäre ein so üppiger Haushalt gar nicht erst eingebracht worden. Vergleichen Sie einmal das Argentinien vor 100 Jahren mit dem von heute, dann wissen Sie, wie wichtig geordnete Staatsfinanzen sind. Nur so lassen sich auch weitere Demütigungen des Steuerzahlers vermeiden.

Ich schließe:

(Beifall von der CDU – Zurufe: Ja! Super! – Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Diejenigen gefährden die Demokratie, die im Bund und in den Ländern verfassungswidrige Haushalte aufstellen und damit die Grundlage der demokratischen Staatsverwaltung auf tönernen Füße stellen, und das tun CDU, SPD, Grüne und FDP. Nur eine finanziell gesunde Demokratie kann auf Dauer existieren, und das gefährden Sie auf das Grundlegendste. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Beucker. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Dr. Optendrenk.

**Dr. Marcus Optendrenk,** Minister der Finanzen: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation in Deutschland ist für viele von uns, für alle Bürgerinnen und Bürger von großer Unsicherheit geprägt. Dies war gestern in Berlin zu besichtigen: der traurige Auftritt eines Bundeskanzlers, der nicht weiß, wie es weitergeht,

(Beifall von der CDU)

und das Ergebnis einer Bundesregierung, die zerstritten und nicht bereit ist, die Herausforderungen in Deutschland anzunehmen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Ich habe mich gestern sehr gefragt, ob das nicht der späteste Zeitpunkt gewesen wäre, Verantwortung zu übernehmen und zu sagen, wie man damit umgeht, dass man einen anderen Weg eingeschlagen hat als den, den man solide hätte gehen sollen. Denn man hätte von Anfang an versuchen sollen, ein Konzept aufzustellen, das solide gegenfinanziert ist, das nicht wie ein Kartenhaus zusammenfällt und mit dem die politische Kultur nicht dadurch gefährdet wird, dass 60 Milliarden Euro einfach verschwinden, sodass jetzt ein zusätzlicher Schuldenhaushalt in einem schnellen Nachtrag aufgestellt werden soll.

Wir haben uns letztes Jahr deutlich mehr angestrengt. Wir haben uns bemüht, am Schluss eine Lösung zu finden, und das haben wir auch geschafft. Wir haben eine nachhaltige Finanzierung für eine besondere Notlage mit einem sehr klar definierten Veranlassungszusammenhang und mit einer klaren Kausalität hinbekommen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben Ihnen sehr deutlich den Vorschlag gemacht, den die Koalitionsfraktionen verabschiedet haben, dass wir ausschließlich zur Bewältigung der Ukraine-Krise und ihrer Folgen sowohl auf der Seite der Flüchtlingsunterbringung als auch auf der Seite der Energiekosten ein Sondervermögen begrenzt auf ein einziges Jahr bereitstellen. Wir haben Ihnen mit Parlamentsvorbehalt vorgelegt, dass wir das bis zu 5 Milliarden Euro nutzen wollen.

Es war eine sehr konkrete Krise, die sehr konkret mit Parlamentsvorbehalt beschrieben wurde, und Sie haben dreimal in diesem Jahr entsprechende Entscheidungen getroffen. Zum 31.12.2023 endet dieses Sondervermögen. Danach gibt es nur noch Zins und Tilgung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Genau das sind die Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht bezogen auf Art. 109 des Grundgesetzes und den Veranlassungszusammenhang in seinem Urteil beschrieben hat.

(Zuruf von der SPD: Ja, ja!)

Ich hätte mich gefreut, Herr Kollege Witzel, wenn Sie mit einem Wort etwas dazu gesagt hätten, wie Sie das Verhalten Ihres Parteivorsitzenden und Bundesfinanzministers damals bewertet haben. Das haben Sie letztes Jahr im Plenum auch kunstvoll vermieden, Ihr Fraktionsvorsitzender übrigens ebenfalls. Er hat damals ganz andere Begriffe über uns verwendet. Ich würde mir wünschen, Sie hätten jetzt die Selbsterkenntnis und Demut, zu sagen: Das im Bund war Mist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Klar!)

Außerdem verschärft das die Herausforderungen für die Wirtschaft in ganz Deutschland.

Herr Kollege Baer hat eben gesagt, ich hätte erklärt, dass das keine unmittelbaren Auswirkungen auf uns habe, weil wir diese Verfassungssituation nicht hätten. Das habe ich am ersten Tag gesagt, und dabei bleibe ich. Ich habe aber auch dargelegt – das können Sie nachlesen –,

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

welche mittelbaren Folgen das hat. Darüber haben jetzt mehrere Debatten stattgefunden. Es gab Debatten zur Frage, wo der Bund seine Kofinanzierung kürzt und wo er aussteigt. Herr Kollege Lehne hat eben ein Beispiel dafür genannt, wo der Bund ausgestiegen ist, bevor das Urteil kam. Das waren die Sprach-Kitas. Hier hat sich der Bund zurückgezogen, obwohl Sie eigentlich immer in Kinder und Bildung investieren wollen.

(Zuruf)

Sie haben nicht einmal versucht, dagegen zu protestieren. Das ist ungläubwürdig!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt kommt als einzige Antwort Ihrer Parteifreunde und Ihrer Parteifreunde in Berlin, schnell einmal neue Schulden zu machen. Das ist eigentlich das, was immer unser Dilemma ist.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Der Politik in Deutschland fällt seit Jahrzehnten immer nur ein, neue Schulden zu machen, und die Frage, ob das verantwortlich ist, wird nicht mehr gestellt.

Ich möchte noch gerne etwas zum Pensionsfonds sagen, weil ich von Ihnen immer wieder gesagt bekomme: Da steht hier aber nur etwas von 16 Millionen

Euro, und im Plenum müssen Sie das erklären. – An die Kolleginnen und Kollegen, die immer auf Ausschussberatungen drängen: Gestatten Sie dem Plenum doch bitte einen Einblick, was Sie im Ausschuss beraten haben und was die Regierung schriftlich und mündlich an Informationen gegeben hat, und verwenden Sie den aktualisierten Wissenstand, den Sie erworben haben, dann auch im Plenum!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dann könnte ich Ihnen anhand des Pensionsfonds aufzeigen, dass der Landesrechnungshof in einer ersten Stellungnahme gesagt hat, in den Stammkapiteln gebe es nur 16 Millionen Euro an Erhöhung. Wir haben Ihnen erklärt, dass im Einzelplan 20 jetzt die von Ihnen sonst immer kritisierte Vorsorge für die Tarifverhandlungen enthalten ist – in einer Größenordnung von fast 2 Milliarden Euro für alle möglichen Positionen, einschließlich der erwarteten Erhöhung und Umsetzung der Besoldung nach Tarif für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Da habe ich Ihnen eine Musterrechnung aufgemacht, und die verschweigen Sie im Plenum. Deshalb nenne ich sie: 4 % Erhöhung für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger heißt viermal 91 Millionen Euro. Das alleine sind mehr als die von Ihnen genannten 343 Millionen Euro für den Pensionsfonds.

Wie ich Ihnen auch geschildert habe, ist im Jahr 2005, und zwar unter Beteiligung der FDP, ein Pensionsfonds eingerichtet worden, der damals noch anders hieß und bei dem man die Erwartung hatte, dass wir Ende der 2010er-Jahre einen Beschluss fassen würden, wie wir dieses Geld innerhalb von etwa zehn Jahren ab Mitte der 20er- bis Mitte der 30er-Jahre vollständig aufzehren würden – auf null. Das haben wir aber alle nicht gemacht, und deswegen haben wir jetzt gesagt: Wir machen Ihnen mit dem heute Abend zu diskutierenden Pensionsfondsgesetz einen anderen, einen nachhaltigen Vorschlag, einen Vorschlag, der das Nominalkapital auf Dauer erhält und Verzinsung ermöglicht.

Wir haben Ihnen auch übersandt, dass die 343 Millionen Euro in diesem Haushalt exakt die in 2022 erzielte Rendite von 2,62 % aus dieser Anlage des Pensionsfonds sind. Wir schlagen Ihnen vor, keinen Cent mehr zu entnehmen, um diese Versorgungsleistungen für die anderen Menschen, die demnächst einen Tarifabschluss übertragen bekommen, einzusetzen, weil das aus dem normalen Haushalt nicht zu leisten ist. Das ist nachhaltige Politik!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Deshalb komme ich zu einer grundsätzlichen Bemerkung, und zwar noch einmal zu dem Thema, wie wir mit unseren Staatsfinanzen umgehen. Vor 25 Jahren hat der damalige schwedische Ministerpräsident Göran Persson, ein Sozialdemokrat, gesagt: Wer

Schulden hat, der ist nicht frei. – Er war damals Finanzminister seines hochverschuldeten Landes und hatte erlebt, wie das ist, wenn man im Parlament und in der Regierung nicht mehr über die eigene Zukunft und die eigenen Schwerpunkte entscheiden kann, sondern fremde, anonyme Kapitalgeber das tun.

Wir haben in der Weltfinanz- und Staatsschuldenkrise zwischen 2007 und 2013 – ich nehme jetzt mal die Eurokrise dazu – gesehen, wie es ist, wenn mehrere Staaten innerhalb des europäischen Zahlungsraums nicht mehr in der Lage sind, ihre Staatsaufgaben alleine zu erledigen, weil die Kapitalmärkte das nicht mehr mitgemacht haben. Die Staaten waren nicht mehr in der Lage, über Steuereinnahmen und Kapitalmärkte ihre Aufgaben zu finanzieren.

Die Folge waren scharfe Einsparungen und Diskussionen darüber, wie man überhaupt nachhaltig wirtschaften kann.

Dann hat die Europäische Zentralbank – damit alles nicht so schlimm wird – angefangen, in großem Stil Staatsschuldenpapiere zu kaufen. Dadurch sanken dann die Zinsen auch für diese Staaten, weil es ja einen Abnehmer gab, nämlich die Europäische Zentralbank, die übrigens diesen Staaten gerade gehört. Diese Wiederherstellung des Vertrauens, dass die Anleger überhaupt etwas für ihre Staatspapiere bekommen, ist so weit aufgelaufen, dass die EZB inzwischen Papiere im Wert von 5 Billionen Euro hält. Das kann auf Dauer nicht richtig sein,

(Ralf Witzel [FDP]: Genau!)

denn wer Schulden hat, der ist nicht frei. Und wenn man sie nur auf ein anderes Vehikel auslagert, sind sie immer noch da.

Die damit verbundene Politik des künstlichen Niedrighaltens von Inflation und Zins ist auch zu Ende. Heute hat Geld wieder einen Preis: Zinsen. Es ist eben schon geschildert worden und auch ich habe es in meiner Einbringungsrede gesagt: Wir müssen uns damit beschäftigen. – Wir hatten eine exzellente Verwaltung und eine exzellente Vorsorge durch meinen Vorgänger, der eine sehr langfristige Refinanzierung für die Schulden gemacht hat, die das Land aufgenommen hat – ein Durchschnitt von 20 Jahren Refinanzierungszeitraum. Der Bund liegt bei wenigen Jahren und hat deshalb ganz hohe Zinsänderungsrisiken. Deshalb hatte der Bundesfinanzminister auch einen Anstieg seiner Zinsausgaben von 4 auf 40 Milliarden Euro innerhalb von zwei Jahren, während wir in diesem Zeitraum eine Verzweieinhalbfachung hatten.

Darüber mache ich mir Gedanken: Wie können wir eine nachhaltige Politik, eine ökologische, soziale und wirtschaftlich-finanziell nachhaltige Politik machen, die unseren Kindern und Enkelkindern nicht nur eine gesunde Natur, eine im sozialen Zusammenhalt lebende Gesellschaft aufrechterhält, son-

dern auch eine, in der sich Wirtschaften lohnt und in der die Finanzpolitik der öffentlichen Hand nicht all das refinanzieren muss, was die Vorgänger – uns eingeschlossen – an Schulden hinterlassen haben?

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir ehrlich sind, hat es die Politik in Deutschland parteiübergreifend in all den Jahrzehnten immer geschafft, nur so viel zu investieren – bis die Schuldenbremse kam –, wie die Investitionsquote der Kreditfinanzierung ermöglichte, die sogenannte goldene Regel. Man hat alle anderen Ausgaben aus Steuereinnahmen gedeckt und dann gesagt: Jetzt haben wir noch Investitionen zu tätigen, und die dürfen wir kreditfinanzieren bis zur Kreditverfassungsgrenze. – Das war der alte Art. 115 des Grundgesetzes, das war der alte Art. 83 der Landesverfassung.

Aus der Erkenntnis heraus, dass das nicht nachhaltig ist, ist ja der Gedanke der Schuldenbremse entstanden – mit ihren Ausnahmemöglichkeiten, die wir in 2023 mit der Notlage für das Krisenbewältigungsvermögen auch genutzt haben. In einer normalen Situation des öffentlichen Haushaltes müssen wir also gewichten. Wir, die Koalition von CDU und Grünen, haben bei Kindern, bei Jugend und bei Bildung gewichtet. Mit der Inklusionspauschale in der Ergänzungsvorlage haben wir noch einmal nachgelegt. Wir wollen, dass Kinder und junge Menschen beste Chancen haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Damit sie die Chancen haben, brauchen wir eine Konzentration auf das Wesentliche, und das Wesentliche ist, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die in jeder Dimension nachhaltig sind. Dazu gehört auch, dass wir, wenn wir in Kinderaugen gucken, ihnen sagen: Auch ihr habt noch Gestaltungsspielräume. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Optendrenk. – Der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass der Minister seine Redezeit um 1:31 Minuten überzogen hat.

(Thorsten Schick [CDU]: Das war es wert! – Zuruf von der SPD: Das war es nicht wert!)

Ich weise der guten Ordnung halber aber auch darauf hin, dass diese Redezeit nicht mehr allen Fraktionen – da grinst schon einer – so zur Verfügung stehen würde, weil der sitzungsleitende Präsident in der ersten Runde bei zwei Fraktionen schon etwas großzügig war.

Ich sehe aber keine weiteren Wortmeldungen und schließe damit diesen Teil der Aussprache.



Wir kommen zu den Abstimmungen über den Einzelplan 12 des Ministeriums der Finanzen und der Finanzverwaltung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6812, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Zuerst stimmen wir über die folgenden Änderungsanträge ab.

Wir stimmen über den Änderungsantrag Drucksache 18/6964 ab. Die Antragsteller sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand.

(Heiterkeit und Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zuruf von Thorsten Schick [CDU] – Unruhe von der SPD)

– Ja, ich muss noch warm werden. Ich wollte gleich am Anfang testen, ob das heute den ganzen Tag funktionieren kann. – Also: Wer enthält sich? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/6964** mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir stimmen jetzt über den Änderungsantrag Drucksache 18/6965 ab. Antragsteller sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die Fraktion der FDP.

(Unruhe von der SPD – Ina Blumenthal [SPD]: Meine Hand war oben! – Zustimmung von Christian Dahm [SPD] und Alexander Baer [SPD] – Zuruf von der CDU: Oh!)

Ich wiederhole das Prozedere. Wir haben nur noch knapp 13 Stunden, wir schaffen das.

(Heiterkeit – Stefan Zimkeit [SPD]: Um welchen Änderungsantrag geht es? – Gregor Golland [CDU]: Sie brauchen Führung! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich lasse noch einmal über den Änderungsantrag Drucksache 18/6965 abstimmen. Antragsteller sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag mit diesem **Abstimmungsergebnis Drucksache 18/6965** angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/7086. Antragstellerin ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer

stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 18/7086** abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 12 in der soeben geänderten Fassung selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan 12 zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 12 in der soeben geänderten Fassung in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen zum Befinden über die mittelfristige Finanzplanung. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat die Vorlage 18/1417, die Finanzplanung von 2023 bis 2027, zur Kenntnis genommen. – Ich sehe keinen Widerspruch und stelle somit fest, dass die **Kenntnisnahme durch das Plenum erfolgt** ist.

Ich weise auf Folgendes hin: Die Abstimmungen über den Einzelplan 20 und den Text des Haushaltsgesetzes 2024, dessen Anlagen, die dazugehörigen Änderungsanträge sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 werden wir – wie bereits angekündigt – erst morgen nach der Beratung aller Einzelpläne vornehmen. Wir werden dann auch über die Rücküberweisung der Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der dritten Lesung entscheiden.

Wir kommen zu:

## **Einzelplan 02 Ministerpräsident**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6802 hin. Ich weise des Weiteren auf die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Ich rufe auf:

### **a) Staatskanzlei**

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Wolf das Wort.

**Sven Wolf** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Krisen auf der ganzen Welt fordern auch unsere Demokratie, und wir sollten gemeinsam immer wieder deutlich zeigen, dass Demokratien Krisen bewältigen können. Das habe ich bereits im vergangenen Jahr bei den Beratungen zum damaligen Einzelplan 02 gesagt.

Ich glaube, wir hatten uns alle gemeinsam gewünscht, dass die Zeiten etwas einfacher werden. Das ist leider